

Alexander Häusler (Hrsg.)

Völkisch-autoritärer Populismus



VSA:

**Der Rechtsruck in Deutschland
und die AfD**

Alexander Häusler (Hrsg.)
Völkisch-autoritärer Populismus
Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD

Alexander Häusler (Hrsg.)

Völkisch-autoritärer Populismus

Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.forena.de

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Verkleidete AfD- und Pegida-Anhänger protestieren am »Tag der Deutschen Einheit«
2016 vor der Frauenkirche in Dresden (Foto: Arno Burgi/pa)

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-835-4

Inhalt

Alexander Häusler	
Einleitung	7

Völkisch-autoritärer Populismus

Alexander Häusler	
Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus	9

Felix Korsch	
Die harte Linie	21
AfD, Union und die Radikalisierung des Konservatismus	

Rechte Besetzung der sozialen Frage

Michael Bonvalot	
Die FPÖ als Vorbild für neoliberale Rechtsaußenparteien in ganz Europa	33

David Begrich	
Die AfD als Stimme ostdeutscher Volksinteressen?	41

»Arbeiterpartei« von rechts?

Karin Priester	
Die AfD als Konkurrenz für die SPD?	51

Horst Kahrs	
Die AfD als Konkurrenz für DIE LINKE?	61

Politische Netzwerke

Christoph Kopke / Alexander Lorenz	
Die AfD und die Parteien der politischen Rechten	69

Anna-Lena Herkenhoff / Michael Barthel	
Kampagnenarbeit im vorpolitischen Raum – das Beispiel »Werde Betriebsrat«	77

Rechte Rekrutierungsräume

Ina Pallinger

Rechte Burschen –

Seilschaften auf dem Weg in den Bundestag 85

Christiane Leidinger / Heike Radvan

Antifeminismus und Familismus von rechts 93

Ulli Jentsch / Eike Sanders

Christlich-fundamentalistische Netzwerke und die AfD 101

Die publizistische Achse

Richard Gebhardt

»Mut zur Wahrheit«? 109

Compact, Sezession und Junge Freiheit –

das publizistische Netzwerk der AfD

Paul Bey / Regina Wamper

Die »Mainstream-Medien«: Stütze der AfD? 117

Rechte Einstellungen

Joachim Bischoff

Entfesselung der »wutgetränkten Apathie«

in Betrieben und Verwaltungen? 127

Beate Küpper / Andreas Zick

Wie sich der Rechtsruck in den Befunden

der Einstellungsforschung widerspiegelt 137

Alexander Häusler

Rechte Transformation der Demokratie? 147

Ein Ausblick

Autor*innen 155

Alexander Häusler

Einleitung

Der Einzug der »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Deutschen Bundestag markiert einen aktuellen Rechtsruck und stellt im Vergleich zu unseren Nachbarländern gewissermaßen eine Form von »nachholender Entwicklung« auf dem rechten Feld dar: In Frankreich, in Belgien, den Niederlanden und der Schweiz haben sich Rechtsaußenparteien schon seit etlicher Zeit politisch etabliert. In Polen wie auch in Ungarn und in Österreich stellen sie sogar die Regierung bzw. sind an ihr beteiligt. Besonders die rechtsradikale FPÖ in Österreich gilt hierbei als politische Blaupause für die Entwicklung der AfD.

Erste Schritte der AfD hin zu einer rechten »Bewegungs«-Partei sind bereits im Jahr 2016 in einer VSA: Flugschrift mit dem Titel »Neue soziale Bewegung von rechts« skizziert worden, die ich gemeinsam mit Fabian Virchow herausgegeben habe. Seitdem hat sich Einiges auf diesem Feld weiterentwickelt und verändert:

- Die AfD ist in die Landtage weiterer Bundesländer und schließlich im September 2017 auch in den Bundestag eingezogen, ihre Wahlerfolge führen zu weitergehenden Veränderungen im politischen Parteiensystem.
- Die AfD erreicht mit sozialpopulistischen und rassistischen Parolen zunehmend prekarierte Wählermilieus.
- Mit dem Weggang der ehemaligen Vorsitzenden Frauke Petry verfestigt die AfD ihren Status als »rechte Bewegungspartei«.
- Politisch betreibt die AfD eine Normalisierung von völkischem Nationalismus.
- Und in Anlehnung an die FPÖ entwickelt sich die AfD hin zu einem politischen Alternativangebot für einen neuen rechtskonservativ/extrem rechten Block.

Die rechten Wahlerfolge führen im öffentlichen Diskurs und auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu Deutungen, diesen Rechtsruck als scheinbare politische Normalisierung zu begreifen. So weist die Einstellungsforschung in Deutschland seit etlichen Jahren auf rassistische und extrem rechte Einstellungen in der Bevölkerung hin, die bis zum Aufkommen der AfD von Rechtsaußenparteien noch nicht entsprechend parteipolitisch gebunden werden konnten.¹

Die AfD stellt jedoch mehr dar als eine bloße wahlarithmetische Widerspiegelung rechter Einstellungen: Sie ist die treibende Kraft eines sich aggressiv

¹ Vgl. hierzu den Beitrag von Beate Küpper und Andreas Zick in diesem Band.

zuspitzen den rechten Aufbegehrens, das mit dem Begriff des völkisch-autoritären Populismus dessen weltanschauliche Stoßrichtung veranschaulicht. Die Partei betreibt einen rechten Kulturkampf, der einhergeht mit einer Normalisierung von völkisch-nationalistischem Gedankengut. Sie ist dabei in erster Linie bloßer Profiteur der Krise politischer Repräsentation. Ihr Spiel mit Ängsten und Ressentiments ist deshalb wirkungsvoll, weil es Halt, Zugehörigkeit und emotionale Auffangbecken und Blitzableiter für angestaute Wut über unverstandene abstrakte Herrschafts- und Konkurrenzverhältnisse vermittelt. Deshalb reicht es von linker Seite auch nicht aus, sich mit bloßen Gegenprotesten an den AfD-Provokationen abzuarbeiten. Vielmehr muss die rechtspopulistische Diskursstrategie durchkreuzt werden.

Diese Veröffentlichung soll dem Ziel dienen, eine zeitaktuelle und faktenkundige wie zugleich grundsätzliche und kontextbezogene Analyse der AfD und des vorherrschenden Rechtsrucks zu formulieren. Es geht um die zentralen aktuellen Erscheinungsformen des neuen völkisch-autoritären Aufbegehrens und des rechten Kulturkampfes der AfD sowie die Gründe für ihre anhaltenden Wahlerfolge.

Alle an diesem Buch mitwirkenden Autorinnen und Autoren sind Fachleute in ihren Themengebieten, gleichwohl werden nicht nur bei den getroffenen Bewertungen Unterschiede sichtbar, sondern auch unterschiedliche Begriffsverwendungen und Einschätzungen. Ich sehe dies als eine Bereicherung der notwendigen Vertiefung von Analysen und der Diskussion über den aktuell sich vollziehenden Rechtsruck.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen Mitwirkenden für das Zustandekommen dieser aktuellen Bestandsaufnahme der AfD-Politik und deren Wirkungen.

Alexander Häusler
Düsseldorf, im Februar 2018

Alexander Häusler

Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus

Seit ihrer Gründung besteht in der öffentlichen Debatte Unklarheit, wie die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) politisch bewertet und analytisch bezeichnet werden kann: Ist sie nun nationalkonservativ, eher rechtspopulistisch oder gar rechtsradikal bzw. rechtsextrem?

In diesem Beitrag wird dafür plädiert, die AfD als Partei eines völkisch-autoritären Populismus zu verorten.¹ Die Bezeichnung soll dazu behilflich sein, sowohl die rechtspopulistischen Inszenierungsformen dieser Partei als auch ihr autoritäres Demokratieverständnis sowie ihre völkisch-nationalistischen Anschauungen und ihre entsprechenden Widerstandspostulate zu erfassen, um dadurch die verbindenden Wesenszüge dieser erfolgreichen Rechtsaußenpartei deutlicher charakterisieren zu können.

Völkische Radikalisierung einer Wutbürger-Partei

Die Schwierigkeit einer klaren politischen Zuordnung der AfD ist: Für die Bezeichnungen dieser Partei als wahlweise nationalliberal bzw. nationalkonservativ, rechtspopulistisch oder als extrem rechts lassen sich jeweils zutreffende Belege anführen, ohne dass sie damit in ihrer Gänze sowie in ihren jeweiligen zeitlichen Entwicklungsphasen charakterisierbar wäre. Denn die AfD erscheint wie ein politisches Chamäleon: Entstanden als zunächst mehrheitlich nationalliberal ausgerichtete Partei mit rechtspopulistischer Rhetorik beherbergte sie zugleich ein nationalkonservatives Milieu, das sich im Laufe ihres politischen Werdegangs immer stärker mit dem ebenfalls seit Beginn vorhandenen radikal rechten Milieu verband. Das heißt, die Partei beherbergt unterschiedliche politische Strömungen und Milieus rechts von der Union, die allesamt eine tiefgreifende Ablehnung und Wut auf gesellschaftliche Liberalisierung, Ausdifferenzierung und Anerkennungsprozesse von Minderheitenrechten und Multikulturalität vereint. Sie kann in Bezug auf ihre ver-

¹ Erste Versuche zu einer solchen politischen Charakterisierung der AfD habe ich im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 gemeinsam mit Rainer Roeser in einer Studie über diese Partei und deren Wahlprogramm für den DGB-Bundesvorstand unternommen (Häusler/Roeser 2017).

bindenden emotional-politischen Leidenschaften sprichwörtlich als rechte Wutbürger-Partei charakterisiert werden. Zudem hat die AfD im Laufe ihrer Entwicklung das politische Erscheinungsbild fortwährend verändert und sich zugleich inhaltlich auch immer mehr nach Rechtsaußen entwickelt. Diese fortschreitende rechte Radikalisierung und die zunehmende Bedeutung völkisch-nationalistischer Orientierungen lassen sich anhand von sieben Entwicklungsphasen veranschaulichen:

- Günstige Voraussetzungen für die Gründung der AfD waren die Euro-Krise und die Sarrazin-Debatte. Thilo Sarrazin kann hierbei als publizistisch-medialer Stichwortgeber der AfD-Themen gesehen werden. Denn entgegen der öffentlichen Wahrnehmung war die AfD von Anfang an keine bloße Anti-Euro-Partei: So verdeutlichen exemplarisch die Lobhuldigungen der Thesen von Sarrazin durch den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke im rechten Querfrontmagazin »Compact« (9/2013) die von Beginn an nationalistisch-einwanderungsfeindliche Stoßrichtung der AfD. Zugleich hatte die AfD schon in ihrer Gründungsphase enge Verbindungen zur politischen Strömung der sogenannten Neuen Rechten über die Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF), welche die Partei von Beginn an publizistisch unterstützte, sowie über das neurechte »Institut für Staatspolitik«. Während in dieser *ersten Entwicklungsphase* der Führungsanspruch von Parteigründer Lucke noch unangefochten war, leiteten die ersten ostdeutschen AfD-Wahlerfolge im Jahr 2014 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg die beginnende innerparteiliche Umorientierung hin zu einer nach extrem rechts tendierenden, offen rassistischen und anti-atlantisch orientierten Sammlungsbewegung ein. Denn im Osten war die AfD von Beginn an mehrheitlich radikal rechts orientiert.²
- Die *zweite Entwicklungsphase* war gekennzeichnet durch einen deutlichen Machtzugewinn des zusammenwachsenden nationalkonservativ-neurechten Flügels der Partei und die innerparteiliche Formierung des völkisch-nationalistischen Lagers um die »Patriotische Plattform« und die rechten Strippenzieher in den ostdeutschen Landesverbänden: Die Ost-AfD formierte sich zunehmend – pikanterweise unter Vorherrschaft vieler umgesiedelter »Wessis« und unter strategischer Leitung des westdeutschen ehemaligen CDU-(»Altparteien«-)Politprofis Alexander Gauland – als völkisch-nationaler Widerpart zur westdeutsch-neoliberal geprägten Lucke/Henkel-Fraktion.
- In ihrer *dritten Entwicklungsphase* formierte sich die AfD in Ostdeutschland zunehmend als rechte Bewegungspartei im Kontext der Pegida-Pro-

² Vgl. hierzu den Beitrag von David Begrich in diesem Band.

teste in Dresden ab Herbst 2014, was zu verschärften Konflikten mit dem damaligen Führungskurs der Partei führte. Während Lucke und das damalige AfD-Bundesvorstandsmitglied Hans-Olaf Henkel sich für einen offen neoliberalen und pro-atlantischen Kurs und gegen eine Hinwendung zum offen rassistischen Straßenprotest sowie gegen die Fokussierung auf das Thema Islam aussprachen, stießen sie damit innerparteilich zunehmend auf Widerspruch. Die von Thüringens Landesvorsitzenden Björn Höcke und von Sachsen-Anhalts Landesvorsitzenden André Poggenburg initiierte Erfurter Resolution bündelte den Anti-Lucke-Kurs der innerparteilichen rechten Widersacher, die sich unter der Bezeichnung »Der Flügel« zusammenschlossen: Die völkisch-nationalistischen Parteikräfte leiteten damit die erste grundlegende Machtwende in der AfD ein.

- Ihre *vierte Entwicklungsphase* prägte die AfD durch einen Machtwechsel auf ihrem Essener Bundesparteitag im Juli 2015. Lucke unterlag der sächsischen AfD-Landesvorsitzenden Frauke Petry im Kampf um die Führungsrolle. Petry erlangte ihren Sieg über Lucke mit Unterstützung des rechten Parteiflügels. Daraus folgte die Abspaltung des wirtschaftsliberalen, pro-atlantischen Flügels von der AfD und die Gründung der Organisation »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (Alfa, später umbenannt in »Liberal-konservative Reforme«, LKR) unter Führung von Lucke, die den Weg in die politische Bedeutungslosigkeit beschritt. Wegweisend hingegen verkündete der NRW-Vorsitzende Markus Pretzell in Essen, die AfD sei nicht nur eine Anti-Euro-Partei, sondern zugleich auch eine »Pegida-Partei« geworden.
- Die *fünfte Entwicklungsphase* der AfD war geprägt von der ab Spätsommer 2015 im öffentlichen Diskurs dominanten Flüchtlingsdebatte. Als »Geschenk« für seine Partei wertete der inoffizielle AfD-Chefstrategie Alexander Gauland deshalb die Flüchtlingsdebatte im Kontext massiv steigender Umfragewerte (Gauland 2015). Mit ihrer sogenannten Herbstoffensive 2015 leitete die AfD entsprechend ihren völkisch-nationalistisch untermauerten Frontalangriff auf die deutsche multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft ein: Einwanderung und multikulturelles Zusammenleben galten für die Partei fortan als politisches Grundübel. Diese Mobilisierung gegen die Aufnahme von Flüchtlingen leitete zugleich die aktive »Bewegungsphase« der Partei ein, die mit den rechten Aufmärschen mit der Mobilisierung des Höcke-Flügels unter Beteiligung von Pegida-Anhängern, Hooligans und Neonazis vor dem Erfurter Dom teilweise faschistoide Züge annahm. In einem Vortrag beim »Institut für Staatspolitik« (IfS) definierte Höcke im November 2015 die AfD als »fundamentaloppositionelle Bewegungspartei«. Ein weiteres Mobilisierungsthema sah die AfD zunehmend in muslimfeindlichen Kampagnen. Ebenfalls verstärkte sie besonders in Ostdeutschland

ihren sozialpopulistischen Kurs mit dem Ziel, auch enttäuschte Nichtwähler und Wechselwähler von der Linken und der SPD an sich zu binden.

- Ihre *sechste Entwicklungsphase* prägte die Partei durch ihre weitere Öffnung nach Rechtsaußen. So erklärte der Vorstand der Patriotischen Plattform: »Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeit zwischen Identitärer Bewegung und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung, und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland« (Patriotische Plattform 2016). Zugleich verschärften sich die Versuche zur rechten Verschiebung des Sagbaren im öffentlichen Diskurs. So sprach sich Petry in einem Interview gegen die »Ächtung des Begriffs ›völkisch« aus, den sie stattdessen »wieder positiv besetzen« wolle (Petry 2016). Der Historiker Michael Wildt deutete den Zweck solcher Vorstöße darin, »ein völkisches Vokabular öffentlich ›sagbar« werden zu lassen, das bislang als Sprache des Dritten Reiches gebrandmarkt war« (Wildt 2017: 117f.). Die berühmte Höcke-Rede Mitte Januar 2017 in Dresden auf Einladung des dortigen Jugendverbandes der AfD bekräftigte nachträglich die Richtigkeit dieser Deutung. Höcke bezeichnete dort das Berliner Holocaust-Denkmal als »Denkmal der Schande« und forderte eine »Erinnerungswende um 180 Grad« (Höcke 2017). Innerparteilich kam es erneut zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse: Bei der Erstellung des Bundestagswahlprogramms 2017 erlitt die Vorsitzende Petry mit ihrem Versuch, auf dem Bundesparteitag in Köln ihren angeblich realpolitischen Kurs durchzusetzen, eine deutliche Niederlage. Zum Spitzenduo für den Wahlkampf wurden Alexander Gauland und Alice Weidel gewählt.
- Ihr Einzug in den Deutschen Bundestag prägt die *siebte Entwicklungsphase* der AfD. Er ist geprägt von einem weiteren Machtwechsel – dem Austritt der vormaligen Vorsitzenden Petry aus der Partei und der Gründung der zweiten (und wahrscheinlich ebenso erfolglosen) AfD-Nachfolgepartei unter dem Label »Die Blauen«. In der Neubesetzung der Führung des sächsischen Landesverbandes nach dem Austritt Petrys wurde der Höcke-Anhänger Jörg Urban gewählt. Als politische Richtungsorientierung gab er die angestrebte Zusammenarbeit mit Pegida mit den Worten kund: »Das sind gute Leute, die wollen dasselbe wie wir.« (Urban 2018)

Die skizzierten Entwicklungsphasen zeigen: Die politische Agenda hat die AfD im Laufe ihres Werdegangs zunehmend mit völkisch-nationalistischen Ideologemen und entsprechendem Vokabular angereichert und sie erfährt ihre Zustimmung zugleich durch eine autoritär aufgeladene Aufstandsrhetorik – darauf komme ich noch zurück.

Rechtspopulistisch

Hinsichtlich ihrer Agitationsform kann die AfD als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Der Begriff des Rechtspopulismus ist dazu hilfreich, um eine spezifische Form von politischer Ansprache sowie entsprechende Mobilisierung politischer Leidenschaften verstehen und beschreiben zu können, die auf Verunsicherung, Angst, Ressentiment und Wut basieren. Nach Ruth Wodak instrumentalisieren alle rechtspopulistischen Parteien »eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher, politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen und Probleme. Sie stellen die jeweilige Gruppe als gefährlich dar, die Bedrohung ›für uns‹, für ›unsere‹ Nation. Dieses Phänomen manifestiert sich als ›Politik mit der Angst‹.« Ebenso markieren rechtspopulistische Appelle »an den gesunden Menschenverstand und Anti-Intellektualismus« eine »Rückkehr zu vormodernistischem Denken, also vor der Aufklärung« (Wodak 2016: 18). Laut dem französischen neurechten Theoretiker Alain de Benoist ersetzt der Populismus die Achse, »die der Rechts-Links-Spaltung entspricht, nun zunehmend durch eine Achse, die den globalisierten Eliten die Opfer der Globalisierung entgegensetzt«. Bezugspunkte für den neurechten Kulturkampf seien »die sich auflösende Arbeiter- und Mittelklasse« sowie die »Völker, die ihre Kultur- und Lebensweise bewahren und ihren Gesellschaften die sozialen Pathologien ersparen möchten, die die Masseneinwanderung hervorruft« (de Benoist 2018).

In Deutschland weist der rechte Populismus besondere historische Bezüge zur sogenannten Konservativen Revolution der Weimarer Zeit auf (vgl. Weiß 2017). Durch die rechtspopulistische Inanspruchnahme des Volkes wird zugleich die elitäre Attitüde des Konservatismus verändert und mit einem reaktionären Erhebungsversprechen verknüpft: »Der duale Bündnischarakter des Rechtspopulismus erfordert also eine neue Kombinatorik von konservativ-traditionalistischen und sozialdarwinistischen Elementen: Freie Bahn den Tüchtigen, aber vor Alpenkulissen, Nationaldenkmälern oder anderen Assoziationsauslösern für Heimat, Brauchtum und Tradition.« (Priester 2012: 186)

Genau diese populistischen Inszenierungen und Feindbildsetzungen praktiziert die AfD. So prangerte der Bundes-Co-Vorsitzende Jörg Meuthen auf dem AfD-Bundesparteitag im April 2016 in Stuttgart in populistischer Manier an, er könne sich aufgrund der Zuwanderung nicht mehr sicher auf die Straße trauen, und leitete daraus die Forderung nach einem »Deutschland weg vom links-rot-grün versifften 68er-Deutschland« ab (Meuthen 2016). Der Bundestagsabgeordnete Marc Jongen, kulturpolitischer Sprecher der AfD, bekundete als vorrangiges Ziel, »die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen« (Jongen 2018).

Autoritär

Zugleich erfahren rechtspopulistische Agitation und autoritaristische Mobilisierung in vielen AfD-Verlautbarungen eine Symbiose. So offenbarte der AfD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Oberstleutnant a.D. Uwe Junge, auf seinem Twitter-Account Vorstellungen von Selbstjustiz, vorbei an rechtsstaatlichen Prinzipien, mit folgendem Bekenntnis: »Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden! Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!« (Junge 2017)

Die Anhängerschaft der AfD zeigt eine deutliche Neigung zu autoritären Einstellungen, die sich in der Herabwürdigung von Minderheiten niederschlägt. Die Wahrnehmung der krassen sozialen Ungleichheit und das Scheitern der bisherigen Konzepte gegen Ungerechtigkeit führen zu nationalistischen und rassistischen Forderungen, den National- und Wohlfahrtsstaat gegen »die Fremden« zu verteidigen. Das Demokratieverständnis der AfD ist gleichfalls als autoritär zu deuten. »Die da oben« haben zu liefern, was »das Volk« (angeblich unisono) fordert: Keine Zuwanderung, keine Moscheen und Muslime, kein Gender-Mainstreaming, sondern Zucht, Ordnung, deutsche Leitkultur und nationale Identität – Demokratie verstanden als Akklamation des (angestammten) deutschen »Volkswillens«. Mit seiner Behauptung, das »wahre Volk« symbolisch zu repräsentieren, instrumentalisiert und delegitimiert der Rechtspopulismus die demokratischen Institutionen (vgl. Müller 2016: 19). Denn im Rechtspopulismus wird »das Volk« ethnisch und sozial homogenisiert und es wird ihm ein »einheitlicher Wille« (der Wille seiner angeblichen »Anwälte«) zugesprochen.

Seine Genese erfuhr der Rechtspopulismus in Europa in den 1970er Jahren zunächst in Skandinavien in neoliberaler Frontstellung zum sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaatsmodell in Gestalt der sogenannten Steuerrebellien. Der britische Thatcherismus wiederum gilt als Dammbrecher neoliberaler Vorherrschaft in Europa. Der britische Kulturwissenschaftler Stuart Hall verknüpfte in seiner Analyse des aufkommenden Thatcherismus ab Mitte der 1970er Jahre die Begriffe Autoritarismus und Populismus. Hall sah im Begriff des »Autoritären Populismus« die Möglichkeit, »die widersprechenden Merkmale der sich herausbildenden Lage aufzunehmen: eine Bewegung in Richtung einer ›autoritären‹ Form demokratischer Klassenpolitik von oben, paradoxerweise offenbar wurzelnd im ›Transformismus‹ (...) der Unzufriedenheiten der Massen« (Hall 2014: 125). Er beschrieb den Erfolg des autoritären Populismus zugleich als Ergebnis einer »Schaffung von Massenzustimmung« durch die er-

folgreiche Etablierung eines Diskurses zur Vereinigung der »Themen des organischen Toryismus – Nation, Familie, Amtsautorität, Maßstäbe, Traditionalismus, Patriarchalismus – mit den aggressiven Themen eines wiederbelebten Neoliberalismus – Eigeninteresse, Konkurrenzidealismus, Anti-Staatlichkeit« (ebd.: 129f.). Hall lieferte damit gewissermaßen einen Erklärungsansatz für das politische Erfolgsmodell eines neoliberalen Populismus, der sich durch die Verlagerung der sozialen Frage auf Kultur und Nation bei gleichzeitigem Frontalangriff auf Gewerkschaften und Sozialdemokratie propagandistisch die Zustimmung der Massen erkämpfte.

Im Zuge der Durchsetzung neoliberaler Politikkonzepte in einem globalisierten Europa fokussierte der autoritäre Populismus in sozialpopulistischer Manier seine Feindbildsetzungen auf die globalisierte, (selektierend) einwanderungsfreundliche Elite und versprach die Rückkehr zu einer angeblich heilen früheren Zeit nationalstaatlicher Kontrolle und paternalistischer Führung. Der Kulturwissenschaftler Arjun Appadurai sieht daher im rechten Angriff auf die liberale Demokratie eine neue Form des »populistischen Autoritarismus« (Appadurai 2017: 17). Eine seiner wesentlichen Erfolgsursachen sei »die Übersetzung von Fragen der ökonomischen Souveränität in Fragen der kulturellen Souveränität« (ebd.: 32). Zugleich ermöglicht das autoritäre Ressentiment seinen Anhängern ein Gefühl der Souveränität: »Was diese Gruppen eint, ist die Negation der Zivilisation in der Praxis im Namen einer imaginierten abendländischen Zivilisation« (Nachtwey 2017: 229).

Völkisch-nationalistisch

Als Kernideologeme des völkischen Nationalismus gelten eine Gleichsetzung von Volk und Nation, eine Überhöhung des Volkes zu einem Kollektivsubjekt, die Rechtfertigung eines »starken Staates«, die Heroisierung des »anständigen Deutschen« und die völkisch/rassistische Konstruktion eines »inneren Feindes«; schließlich ein biopolitisches Verständnis des »Volkskörpers« sowie ein chauvinistisches Machtstaatsdenken (Kellershohn 1998: 27f.). Neben völkischen Bezugnahmen weisen rechte Thematisierungen des Nationalen zugleich auch kulturalisierende Deutungsmuster nationaler Zugehörigkeit auf, die Yves Bizeul als »kulturalistischen Nationalismus« bezeichnet (Bizeul 2007: 33).

In der Propaganda der AfD wird der autoritäre Populismus angereichert mit völkisch-nationalistischen Positionen: So postete der AfD-Politiker Thorsten Weiß, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, auf seiner Facebook-Seite in Bezug auf die prognostizierte Zunahme von Staatsbürgern mit Migrationshintergrund: »Die Regierung plant den Volkstod!« (Weiß 2018). In Sachsen-Anhalt

sorgte der dortige Landesvorsitzende André Poggenburg durch einen Weihnachtsgruß seines Landesverbandes für Aufmerksamkeit, in dem er anregte, über die »Verantwortung für die Volksgemeinschaft« nachzudenken. Auf die öffentliche Kritik darauf erwiderte er, es sollen wohl »einige völlig unproblematische und sogar äußerst positive Begriffe nicht benutzt werden«. Und weiter: »Das lassen wir uns nicht gefallen, denn wirkliche Freiheit fängt bei der Freiheit der Sprache an!« (AfD Sachsen-Anhalt 2015). Im Landtag von Sachsen-Anhalt forderte Poggenburg zudem, »linksextreme Lumpen« sollten von »deutschen Hochschulen verbannt« und »statt eines Studiumsplatzes lieber praktischer Arbeit zugeführt werden«. Es solle alles getan werden, »um diese Wucherung am deutschen Volkskörper endlich loszuwerden«. Als politische Stoßrichtung formulierte er: »Wir haben jetzt die wirklich historische Chance, eine echte deutschnationale Partei felsenfest im Parlament zu verankern.« (Poggenburg 2016) Die letzte Partei in Deutschland, die die Bezeichnung deutschnational im Namen führte, war die Ende November 1918 in der Weimarer Republik gegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP). Laut Stefan Breuer prägten die »Hypostasierung des holistisch verstandenen Volkes und die Präferenz für Ungleichheit« den »spezifisch völkischen Rechtsnationalismus« in der Vorzeit des deutschen Faschismus (Breuer 2010: 19). Diese Merkmale prägen gleichsam auch viele der heutigen Poggenburg'schen Landtagsreden.

Doch nicht nur die Landtage werden von der AfD zur Verkündung völkischer Weltbilder genutzt: Die völkisch-nationalistische Mobilisierung gegen Minderheiten wird auch auf der Straße betrieben: So untermauerte Thüringens AfD-Vorsitzender Höcke seinen Aufruf zur Teilnahme an einer AfD-Demonstration am 28.1.2018 gegen den Bau einer Moschee mit den Worten: »Zeigen wir Deutschland, zeigen wir Europa, dass wir alle in Erfurt, der zweiten Hauptstadt der Mutbürger in diesem Lande – die Nummer Eins ist natürlich Dresden (...) – dass wir uns auch in Erfurt unser Land nicht rauben lassen, sondern es uns zurückholen!« Wie dies zu bewerkstelligen sei, erläuterte er so: »Diese Republik und das sie beherrschende medial-politische Establishment sind zu einem politischen Augias-Stall geworden. Wir, liebe Freunde, müssen diesen Augias-Stall ausmisten! Dieses Land braucht eine politische Grundreinigung!« (Höcke 2018)

Die inhaltlichen Positionierungen des Rechtsaußenflügels der AfD haben in der Politikwissenschaft schon seit einigen Jahren dazu geführt, der AfD zum Teil rechtsextreme Züge zuzusprechen. So sieht der Berliner Politikwissenschaftler Gero Neugebauer Höcke mit seinen Aussagen als Vertreter eines völkischen Nationalismus, »also eindeutig rechtsextremistisch« (Neugebauer 2015). Der Politikwissenschaftler Rudolf Korte bezeichnet den Sprachduktus von Höcke als »rechtsextrem völkisch«. Der Politiker verbreite »völkisches Gedanken-

gut, wie es das in Deutschland schon mal in den 1920er- und 1930er-Jahren gegeben habe« (Korte 2015). Claus Leggewie erkennt bei der AfD unter Gauland und Höcke gar Züge eines völkisch-autoritären »National-Sozialismus« (Leggewie 2017: 22).

Doch es sind real nicht nur die Vertreter der AfD-Rechtsaußenformation »Der Flügel«, die zur völkisch-rassistischen Mobilisierung beitragen. Auch die öffentlich als Höcke-Kontrahentin dargestellte Alice Weidel bagatellierte im Gespräch mit der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit rassistische Proteste gegen Geflüchtete in Cottbus mit den Worten: »Jede öffentlich geäußerte Kritik an den Zuständen in der Stadt wird ins ›braune Eck‹ gestellt. Das ist vollkommen skandalös.« Es sei ihr deshalb auch ein Anliegen gewesen, in der ARD-Sendung »Anne Will« den Cottbusser Demonstranten ihre Solidarität auszusprechen. »Von den Regierungsparteien werden sie längst nicht mehr ernstgenommen.« Hintergrund für diese Solidaritätserklärung der AfD-Spitzenfunktionärin sind die sich zuspitzenden völkischen Mobilisierungen in Cottbus unter Federführung des rechten Netzwerks »Zukunft Heimat« mit Beteiligung neonazistischer Gewalttäter.

Getragen von einer Welle aus Frustration, Politikverdrossenheit und angestaunter Wut formiert sich die AfD als Partei eines völkisch-autoritären Populismus als neues parteipolitisches Dach für eine milieuübergreifende rechte Widerstandsfront und Aufstandsbewegung gegen die rechtlichen und emanzipatorischen Errungenschaften der liberalen Demokratie und deren Fundamente.

Literatur

- Alternative für Deutschland (AfD) Sachsen-Anhalt (2015): Liebe Bürger und Mitstreiter, v. 24.12.2015; www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD/photos/a.384418898339525.1073741828.363842953730453/898617830252960/?type=3 (17.12.2017).
- Appadurai, Arjun (2017): Demokratiemüdigkeit. In: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte zur geistigen Situation der Zeit, Berlin.
- de Benoist, Alain (2018): »Populismus ist keine Ideologie, sondern ein Stil«. Interview. In: Compact Magazin 2/2018.
- Bizeul, Yves (2007): Nationalismus, Patriotismus und Loyalität zur offenen Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2. Bonn.
- Breuer, Stefan (2010): Die Völkischen in Deutschland. Darmstadt.
- Gauland, Alexander (2015): In: Umfragehoch: AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk; www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html (12.12.2015)

- Hall, Stuart (2014): Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus. In: Ders.: Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5, Hamburg.
- Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2017): Die AfD: Auf dem Weg in einen völkisch-autoritären Populismus – Eine Zwischenbilanz vor der Bundestagswahl 2017, herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand, Berlin.
- Höcke, Björn (2017): Dresdener Rede v. 17.1.2017; www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRFIs (5.2.2018).
- Höcke, Björn (2018): Rede auf AfD Bürgerversammlung in Lutherstadt Eisleben v. 20.1.2018; www.youtube.com/watch?v=LcuaAFQkYaA&app=desktop (5.2.2018).
- Jongen, Marc (2018): Facebookmeldung v. 23.1.2018; de-de.facebook.com/Dr.MarcJongen/
- Junge, Uwe (2017): Meldung auf Twitteraccount v. 29.12.2017. twitter.com/uwe_junge_md/status/946869602553925634?lang=de (5.2.2018).
- Kellershohn, Helmut (1998): Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Eine knappe Begriffserklärung. In: Siegfried Jäger u.a.: Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg.
- Korte, Karl-Rudolf (2015): »Es ist eine Gratwanderung, ob die AfD es schafft«. Interview. In: Deutschlandfunk v. 22.10.2015.
- Leggewie, Claus (2017): Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung. Berlin.
- Meuthen, Jörg (2016): Rede auf dem AfD Parteitag in Stuttgart v. 30.4.2016; www.youtube.com/watch?v=RqGECIcH8_0 (20.12.2017).
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2017): Entzivilisierung. Über regressiv Tendenzen in westlichen Gesellschaften. In: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte zur geistigen Situation der Zeit, Berlin.
- Neugebauer, Gero (2015): »Neues Sprachrohr der Rechten« AfD bald im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes? Gero Neugebauer im Gespräch. In: Handelsblatt online v. 20.10.2015. www.handelsblatt.com/politik/deutschland/neues-sprachrohr-der-rechten-experte-sieht-hoecke-als-vertreter-eines-voelkischen-nationalismus/12479592-3.html (2.2.2018).
- Patriotische Plattform (2016): Wir sind identitär«, patriotische-plattform.de/blog/2016/06/14/wir-sind-identitaer/ (14.6.2016).
- Petry, Frauke (2016): »Wir wollen keinen Bürgerkrieg« Interview. In: Die Welt v. 11.9.2016.
- Poggenburg, André (2015): Liebe Bürger und Mitstreiter, v. 24.12.2015, www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD/photos/a.384418898339525.1073741828.363842953730453/898617830252960/?type=3 (27.2.2016).
- Poggenburg, André (2016): Die AfD ist einfach nicht mehr aufzuhalten! AfD-Landtags-TV v. 27.1.2016; www.youtube.com/watch?v=YYwTWkiZYgs&feature=youtu.be (28.1.2016).
- Poggenburg, André (2017): Rede im Landtag Sachsen-Anhalt v. 3.2.2017. www.youtube.com/watch?v=30F_iOUiBno (6.2.2018).
- Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a.M./New York.

- Urban, Jörg (2018): Zitat. In: MDR-Sachspiegel v. 4.2.2018. www.mdr.de/sachsen/politik/afd-landesparteitag-hoyerswerda-vorstandswahl-100.html (5.2.2018).
- Weidel, Alice (2018): JF online v. 6.2.2018; jungefreiheit.de/politik/deutschland/2018/cottbusser-buerger-werden-im-stich-gelassen/ (7.2.2018).
- Weiß, Thorsten (2018): Facebook-Eintrag v. 2.2.2018; de-de.facebook.com/Thorsten-Weissafd/ (5.2.2018).
- Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg.
- Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien.

Autor*innen

Michael Barthel ist Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt.

David Begrich, Facharbeiter für Archivwesen, Studium der Theologie und Sozialwissenschaften an der Kirchlichen Hochschule Ostberlin, Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. in Magdeburg.

Paul Bey ist Politikwissenschaftler und Philosoph. Er forscht zu den Schwerpunkten extreme Rechte und Neonazismus und ist Mitglied im AK Rechts des »Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung«.

Joachim Bischoff, Ökonom und Publizist, ist Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg.

Michael Bonvalot ist Journalist und Autor in Wien. Er schreibt regelmäßig für österreichische und deutsche Medien sowie auf bonvalot.net. Seine Schwerpunkte sind Rechtsextremismus, Migration und Sozialpolitik.

Richard Gebhardt lebt und arbeitet als Politischer Bildner und Publizist in Aachen und Köln.

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (www.forena.de). Gemeinsam mit Fabian Virchow ist er Herausgeber der Edition Rechtsextremismus bei Springer VS.

Anna-Lena Herkenhoff ist Soziologin und beruflich tätig als Mitarbeiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster.

Ulli Jentsch ist Mitarbeiter des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) und derzeit für NSU-Watch sowie als freier Journalist tätig. Er recherchiert seit über 20 Jahren zur extremen Rechten in Deutschland.

Horst Kahrs, Sozialwissenschaftler, arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und veröffentlicht regelmäßig Arbeitsergebnisse auf www.rosalux.org.

Christoph Kopke ist Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

Felix Korsch ist Politikwissenschaftler und Fachjournalist, lebt und arbeitet in Dresden und Leipzig.

Beate Küpper ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach und derzeit Fellow der Stiftung Mercator für das Thema Rechtspopulismus im Praxisfeld Integration. Sie ist u.a. Reaktionsmitglied der Zeitschrift »Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit«.

Christiane Leidinger ist vom Wintersemester 2016/17 bis zum Sommersemester 2018 Gastprofessorin für Geschlechtersozilogie und Empowerment an der Hochschule Düsseldorf und promovierte Politik- und Sozialwissenschaftlerin. Sie lehrt und forscht u.a. zu Alten und Neuen Sozialen Bewegungen.

Alexander Lorenz studiert Zeitgeschichte an der Universität Potsdam. Er ist Redakteur bei »Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung« und u.a. in der historisch-politischen Bildungsarbeit für den DGB und andere Bildungsträger in Berlin und Brandenburg tätig.

Ina Pallinger arbeitet und promoviert am Fachgebiet für Demokratieforschung des Instituts für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Sie ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus und arbeitet zu den Schwerpunkten Extreme Rechte und Gender.

Karin Priester ist emeritierte Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Politische Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Zahlreiche Veröffentlichungen u.a. zu den Themen Populismus, Faschismus, Demokratietheorien.

Heike Radvan ist Professorin für Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Sie lehrt und forscht u.a. zu Rechtsextremismusprävention sowie zu Erziehungsstilen in der Heimunterbringung der DDR.

Eike Sanders ist Mitarbeiterin des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz), wo sie seit zehn Jahren zentral zu dem Thema extreme Rechte und Gender forscht, publiziert und Bildungsarbeit durchführt. Sie ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus.

Regina Wamper ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Sie arbeitet dort zu den Themen Extreme Rechte, Rassismus, Geschlechterverhältnisse und Diskurstheorie.

Andreas Zick ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld. Er ist u.a. Mitglied des Deutschen Forums Kriminalprävention und des Rats für Migration.